

KURZ UND PRÄGNANT

Regierungserklärung zur Armutsprävention

Vor allem mit Blick auf den vorgelegten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, aber auch schon von der rot-rot-grünen Landesregierung auf den Weg gebrachte sinnvolle Armutsbekämpfungsaktivitäten soll das Themenfeld Bekämpfung von Armut und ihrer Ursachen umfassend beraten werden. Auf der Tagesordnung der ersten Plenarsitzung im Mai steht eine Regierungserklärung der Thüringer Sozialministerin Heike Werner (LINKE) „Armut bekämpfen – Armutsprävention stärken“. Thüringen steht im Ländervergleich bei der Armutsquote an 11. Stelle und hat unter den neuen Bundesländern die geringste Armutsquote. Schwerpunkte der Regierungserklärung sind: Das Ausmaß von Kinderarmut; Altersarmut; die Situation von Alleinerziehenden; die Entwicklung von Arbeitslosigkeit und atypischen Beschäftigungsformen; die Instrumente der Arbeitsmarktförderung; die Stärkung der Sozial- und Bildungsinfrastruktur in den Kommunen, Maßnahmen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe sowie im Schulbereich. Armutsbekämpfung und Armutsprävention sind politische Schwerpunkte der Landesregierung, die sich entsprechend auch im Koalitionsvertrag widerspiegeln. ■

Koalitionsantrag für ein Bleiberecht

Dem Landtag liegt jetzt ein Antrag der Koalitionsfraktionen vor für ein humanitäres Bleiberecht für Opfer rassistischer und rechter Gewalt. Nachdem das Land Brandenburg bereits im Januar den bundesweit ersten Erlass beschlossen hat, der Opfern rechter Gewalt ein Bleiberecht ermöglichen soll, zieht in Thüringen Rot-Rot-Grün nach und plant, mit einem Landtagsbeschluss die Landesregierung zu einem ähnlichen Schritt aufzufordern.

Die Koalition will auf Grundlage des geltenden Aufenthaltsrechts dafür sorgen, dass Opfern rassistisch motivierter Gewalttaten ein humanitäres Bleiberecht gewährt bekommen. Damit soll ein klares Signal an die Täterinnen und Täter derartiger Angriffe gesendet werden, dass nämlich genau das Gegenteil dessen passiert, was sie eigentlich wollen: die Verunsicherung und Vertreibung der Menschen. Die Flüchtlingspolitikerinnen von Rot-Rot-Grün erklären: „Es bleibt dabei: Das Problem heißt Rassismus. Und dem wollen wir konsequent begegnen. Das ist eine Lehre aus den Morden des NSU und hier werden wir aktiv.“ ■

Wo nichts gezeigt wird, wird nichts gefördert

Der LINKE-Bildungspolitiker Torsten Wolf zu Gast in der Grundschule Pößneck

Hilf mir, es selbst zu tun“, diese Leitthese von Maria Montessori ist weltbekannt. In der Grundschule Pößneck wird sie seit zehn Jahren in einem eigenen Lernhaus gelebt. Dieses Jubiläum wurde mit einer Festwoche begangen, an deren Eröffnung Torsten Wolf, der in der Landtagsfraktion bildungspolitischer Sprecher ist, teilgenommen hatte.

Leistungsdruck und ein hohes Maß an Selbstständigkeit bei den Schülerinnen und Schülern, genau das sollte Schule ausmachen. Kein Kind ist wie das andere. Maria Montessori entwickelte bereits 1907 ein Konzept, welches sich genau dem stellt. Die Pößnecker Grundschule setzt dies engagiert und mit viel Liebe zum Detail um“, so der Bildungspolitiker. Besonders beeindruckte ihn die positive Grundein-

„Viele Aspekte der Montessori-Pädagogik muten reformpädagogisch an, sind aber schon über 100 Jahre alt. Das zeigt, wie starr unser Bildungsdenken manchmal ist“, sagte Torsten Wolf. Eltern und eine ehemalige Schülerin des Pößnecker Montessori-Lernhauses sprachen den schwierigen Übergang von Klasse 4 zu Klasse 5 an. Die Gemeinschaftsschule sei genau dafür gut, solch schwierigen Schnitt-



In einem Gespräch mit der Schulleiterin Silke Neupert erfuhr der Landtagsabgeordnete, dass der Weg hin zum Aufbau von fünf Montessori-Lerngruppen nicht einfach war.

Ihn faszinierte der persönliche Einsatz der Pädagoginnen und Pädagogen sowie der Schulleiterin, welcher der Grundstein für den Erfolg des Konzeptes ist. Die Montessori-Pädagogik ist kein Allheilmittel, aber sie ist ein Weg, mit Heterogenität umzugehen. „Lernen nach individuellem Tempo, weniger

stellung der Pädagoginnen und Pädagogen zum Kind.

In einer „gläsernen Unterrichtsstunde“ konnten die Gäste erleben, wie das Lernen in einer „Monte-Klasse“ abläuft. Jahrgangsmischung, der Lehrer als Helfer und Begleiter, Freiarbeit, freie Wahl der Materialien und handlungsorientiertes Lernen sind dabei selbstverständlich. In einer anschließenden Diskussion wurde der Fokus auf das „Selbst“ und auf das „Tun“ gelegt.



stellen in den Bildungsbiographien unserer Schülerinnen und Schüler zu vermeiden. Diese Chance müsse auch im ländlichen Raum besser genutzt werden, bemerkte dazu der Abgeordnete. Zugleich bot er an, sich auch weiterhin als Gesprächspartner bei kleinen und großen Sorgen der Pößnecker Grundschule zur Verfügung zu stellen.

Doreen Amberg

Fotos: Torsten Wolf im „gläsernen Unterricht“ (l.) sowie im Gespräch mit Schulleiterin Silke Neupert ■

15 Jahre nach Gutenberg-Massaker: Änderungen im Waffenrecht nötig

In ihrer Fraktionssitzung am 26. April hatte die LINKE der Opfer des Massakers am Erfurter Gutenberg-Gymnasium vor 15 Jahren gedacht. „Die Bluttat war Anlass für viele bildungspolitische und waffenrechtliche Entscheidungen. Gerade beim Waffenrecht muss die Diskussion um eine Novellierung fortgeführt werden, um die Gefahren für die öffentliche Sicherheit, die aus dem Besitz legaler Waffen entstehen, weiter zu minimieren“, hatte Steffen Dittes, innenpolitischer Sprecher der Fraktion, in einer Pressemitteilung erklärt.

Dies gelte gerade für solche Waffen, die nicht für die Jagd oder olympische Sportdisziplinen gebraucht werden. Dazu zählten auch gefährliche halbautomatische Waffen oder Großkaliberwaffen mit besonderer Durchschlagskraft. Der Abgeordnete verwies auf die gerade veröffentlichte Polizeiliche Kriminalstatistik des Bundes, die den seit

Jahren meist rückläufigen Trend bei der Verwendung von Schusswaffen für das Jahr 2016 wieder umkehrt und nun einen Anstieg verzeichnet. In rund 4.400 Fällen wurde mit Schusswaffen gedroht, in weiteren 5.400 Fällen auch geschossen.

„Auch wenn viele Straftaten mit illegalen Waffen begangen werden, besteht auch bei legalen Waffen eine Gefährdung und ein permanentes Sicherheitsrisiko, was nicht nur der Waffenbesitz bei Neonazis und Reichsbürgern zeigt, sondern auch Waffen aus gewöhnlichen Privathaushalten, die missbräuchlich verwendet werden. Hier bedarf es in der Diskussion einer weiteren Abwägung mit stärkerer Gewichtung, um Missbrauchspotentiale und Risiken einzudämmen“, so Steffen Dittes. Dafür wären neben weiteren Veränderungen für eine sichere Aufbewahrung sowie Dokumentationspflichten auch regelmäßige qualifizierte Zuverlässigkeitsprüfungen sowie eine ef-

fektive Kontrollpraxis angemessen.

Nach Berichten des MDR über Mängel in der Praxis der Waffenbehörden hat der Abgeordnete eine kleine Anfrage an die Landesregierung eingereicht, um eine landesweite Statistik zu erheben. Die Gewerkschaft der Polizei fordert mehr Personal in den Landratsämtern. Der Landesvorsitzende Kai Christ hatte gegenüber dem MDR gesagt: „Da gehört einfach ein Kontrolldruck dahinter. Nur wenn ich weiß, dass die 'Gefahr' besteht, dass ich kontrolliert werde, ist die Wahrscheinlichkeit auch hoch, dass ich sehr sauber damit umgehe. Dass ich meine Waffen jedes Mal im Waffenschrank verschließe.“

Thüringen hat nach dem Erfurter Amoklauf eine Reihe von Verschärfungen im Waffenrecht des Bundes durchgesetzt, vor allem für Sportschützen. Diese dürfen beispielsweise erst mit 21 Jahren eine großkalibrige Waffe kaufen und brauchen dann zudem ein psychologisches Gutachten. ■